



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

**Dr. Franz Rieger, Alexander König, Alex Dorow, Dr. Martin Huber, Alfred Sauter, Walter Taubeneder CSU**

Drs. 18/11323, 18/12383

### **Die Stärke der Regionen bei der Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas berücksichtigen**

Der Landtag stellt fest:

Die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften stellen einen wichtigen Grundpfeiler in der europäischen Demokratie dar. Die Stärke Europas liegt in der Vielfalt der Regionen. Ein Großteil der europäischen Entscheidungen hat unmittelbare bzw. mittelbare Auswirkung auf die Bürger und Bürgerinnen vor Ort. Die lokalen und regionalen Entscheidungsträger nehmen dabei eine Vermittlerfunktion zwischen den Bürgern und Bürgerinnen vor Ort und der Europäischen Union ein. Sie sind Garanten gelebter Bürgernähe. Gerade angesichts der europaweiten Corona-Pandemie haben sich die regionalen und lokalen Entscheidungsträger als wichtige Krisenmanager vor Ort erwiesen.

Bei der Gestaltung der Zukunft der Europäischen Union müssen die Regionen und ihre Parlamente daher eng und direkt einbezogen und regionale Interessen stärker berücksichtigt werden. Die geplante Konferenz zur Zukunft Europas stellt hierbei ein wichtiges Forum dar, das in die Regionen getragen und vor Ort stattfinden muss.

Die Staatsregierung wird gebeten, über den Bundesrat und die Bundesregierung anzuregen, dass die Europäische Kommission neue digitale Formate prüft, um die Konferenz beginnen zu lassen und die Stimmen der Regionen auf diesem Weg abzufragen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

- auf EU- und Bundesebene einen baldigen Beginn der Konferenz zur Zukunft Europas zu unterstützen,
- sich auf europäischer Ebene für eine angemessene Beteiligung des Ausschusses der Regionen als institutionalisiertes Bindeglied zwischen den Regionen und der Europäischen Union sowie der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei der Planung und Gestaltung der Konferenz einzusetzen.

Der Landtag wird sich darüber hinaus im Rahmen der vorgesehenen Möglichkeiten auch selbst aktiv bei der Konferenz zur Zukunft Europas einbringen.

Die Präsidentin

I.V.

**Alexander Hold**

III. Vizepräsident